

Pressemitteilung

**Zivilgesellschaftlicher Aufruf an die Landesinnenminister:  
Keine Abschiebungen nach Syrien, keine Kooperation mit dem  
Assad-Regime!**

**Breites Bündnis fordert die Verlängerung des vollständigen Abschiebestopps nach Syrien /  
Keine Kooperation mit dem syrischen Folterregime /**

*Mainz, 7. Dezember 2020.*

Der Paritätische Gesamtverband, ProAsyl, Medico International, die Landesflüchtlingsräte, die Kampagne #SyriaNotSafe, SeaWatch, der Verband deutsch-syrischer Hilfsvereine und zahlreiche weitere deutsche und deutsch-syrische Organisationen fordern mit einem gemeinsamen Aufruf von der ab Mittwoch tagenden Innenministerkonferenz, den Ende des Jahres auslaufenden Syrien-Abschiebestopp zu verlängern.

In den vergangenen Wochen hatten sich mehrere Landesinnenminister der Union sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer für ein Ende des vollständigen Abschiebestopps ausgesprochen, um sogenannte Gefährder und Straftäter nach Syrien abschieben zu können.

*„Wenn die Innenminister den Abschiebestopp nach Syrien beenden, lassen sie die Rechnung des Assad-Regimes aufgehen: Jede Rehabilitierung des syrischen Folterregimes verhöhnt die vielen Millionen Opfer der brutalen Diktatur“,* kommentiert **Mariana Karkoutly**, syrische Aktivistin von Visions4Syria und aktiv in der Kampagne #SyriaNotSafe.

Pierrette Onangolo vom rheinland-pfälzischem Flüchtlingsrat ergänzt: *„Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt für alle Menschen. Sie dürfen durch eine Abschiebung keinen konkreten Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt werden. Am Tag der Menschenrechte darüber zu reden, dieses Menschenrecht außer Kraft zu setzen zeugt von Zynismus und politischem Wunschenken.“*

**Der Aufruf weist die Innenminister\*innen eindringlich daraufhin, dass in Syrien flächendeckend und systematisch gefoltert wird.** Das zeige unter anderem der Folterprozess am Oberlandesgericht Koblenz. Dort müssen sich zwei ehemalige Mitarbeiter syrischer Geheimdienste wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten. Die unterzeichnenden Organisationen betonen die universelle Geltung des Folterverbots der Europäischen Menschenrechtskonvention: Niemand darf der Folter unterworfen werden!

**Zudem erinnert der Aufruf der Organisationen daran, dass Abschiebungen nach Syrien faktisch eine Kooperation mit dem Assad-Regime bedeuteten.** Aufgrund seiner systematisch verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist das Assad-Regime Ziel internationaler Sanktionen. Zahlreiche syrische Behörden und Angehörige des Regimes stehen daher auf der Sanktionsliste der EU, darunter auch Innenminister al-Rahmoun. Die unterzeichnenden Organisationen warnen: Kooperationen mit dem Assad-Regime untergraben die internationalen Sanktionen, tragen zur Rehabilitierung des Regimes bei und verhöhnern dessen Opfer!

Den Aufruf im Wortlaut und die Liste der unterzeichnenden Organisationen finden Sie im Anhang.

Pressekontakt:

AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.

Leibnizstraße 47, 55118 Mainz

06131 4924734

[info@asyl-rlp.org](mailto:info@asyl-rlp.org)